



Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stv. Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Oliver Krischer MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin

NABU Stadtverband Aachen e.V.
z.H. Herr Claus Mayr
Preusweg 128a
52074 Aachen

Berlin, 13. Juli 2015

Bundestagfraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Bundestagsbüro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 227 – 72059
Fax 030 227 – 76056
E-Mail:
oliver.krischer@bundestag.de

Wahlkreisbüro Düren

Friedrich-Ebert-Platz 13
52351 Düren
Telefon 02421 – 189286
Fax 02421 – 189287
E-Mail:
oliver.krischer@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Aachen

Franzstraße 34
52064 Aachen
oliver.krischer@wk.bundestag.de

Offener Brief der Aachener Umweltverbände an die Abgeordneten des deutschen Bundestages, Ursula Schmidt, Rudolf Henke, Andrej Hunko, Wilfried Oellers, Norbert Spinrath, Thomas Rachel, Oliver Krischer, Dietmar Nietan und Helmut Brandt

Sehr geehrter Herr Mayr,
Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23.06.2015 und Ihr Engagement gegen Fracking.

Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag und Abgeordneter des Kreises Düren setze ich mich gegen Fracking ein. In unserer grünen Bundestagsfraktion lehnen alle Abgeordneten den Einsatz der Fracking-Methode zur Erdöl- und Erdgasgewinnung ab. Dies teilen wir über alle uns verfügbaren Kanäle mit. Entsprechend haben wir uns bisher und werden wir uns weiterhin in unseren parlamentarischen Möglichkeiten verhalten.

Wir sind der Meinung, dass Fracking in Deutschland untersagt werden sollte - und zwar egal, ob in Sandstein oder Schiefergesteinen. Das Risiko, Böden, Grund- und Trinkwasservorräte schwer und dauerhaft durch den Einsatz der Fracking-Technik zu beeinträchtigen, rechtfertigt insbesondere nicht die kurzzeitige Förderung von vergleichsweise geringen Erdgas- und/oder Erdölmengen. Die mit dem Einsatz der Fracking-Technik unweigerlich einhergehende Verlängerung des fossilen Zeitalters steht im Widerspruch zu den Klimazielen, der Energiewende und den in Elmau Anfang Juni gefassten Beschlüssen der Staats- und Regierungschefs der G7 zur Begrenzung des Klimawandels auf maximal 2 Grad Celsius.



Oliver Krischer

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stv. Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

Die Abstimmung über das Gesetzespaket der Bundesregierung am 30.06. wurde nun vertagt. Der Bundestag wird frühestens nach der Sommerpause im September darüber abstimmen. Mit ihrem Pro-Fracking-Kurs ist die Regierung also auch in den eigenen Reihen vorerst gescheitert. Eine grundsätzliche Regulierung steht damit weiterhin aus. Es besteht nun noch die Chance, über die Sommermonate aus dem geplanten Erlaubnisgesetz ein Fracking-Verbot zu machen. Dazu gilt es, den Druck auf die Abgeordneten der Großen Koalition aufrecht zu erhalten und deutlich zu machen, dass wir Fracking in Deutschland weder brauchen noch wollen.

Falls nach der Sommerpause ein kaum geändertes Fracking-Erlaubnisgesetz der Bundesregierung eingebracht wird, werden wir es ablehnen. Denn die grüne Bundestagsfraktion will ein konsequentes Fracking-Verbot, wie es auch die grünen Umweltminister im Mai im Bundesrat gefordert haben. Zudem wollen wir das veraltete Bergrecht reformieren und die Beweislastumkehr für Bergschäden auf Braunkohletagebaue ausweiten.

Wir Grüne im Bundestag haben in Anträgen zum Fracking-Erlaubnispaket der Bundesregierung ausgeführt, wie die entsprechenden Gesetze aussehen müssen, um Fracking zu untersagen und welche Verschärfungen bei den Umweltauflagen für die Erdgas- und Erdölförderung auch ohne Fracking notwendig sind. Die grünen Anträge sind nun in den Bundestag eingebracht.

Weitere Informationen zum Gesetzgebungsprozess und unsere Anträge finden sich hier:

http://www.gruene-bundestag.de/themen/umwelt/fracking-verhindern_ID_4396106.html

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Krischer